

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1900

11.5.1900 (No. 129)

Karlsruher Zeitung.

Freitag, 11. Mai.

Expedition: Karl-Friedrich-Str. 14 (Telephonanschluß Nr. 154), woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.
Vorauszahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf.
Einrückungsgebühr: die gepaltene Pettikelle oder deren Raum 20 Pf. Briefe und Gelder frei.
Unverlangte Druckfachen und Korrespondenzen werden nicht zurückgeschickt und übernimmt die Redaktion dadurch keine Verantwortung für irgendwelcher Vergütung. — Der Abdruck unserer Originalartikel und Berichte ist nur mit Quellenangabe — „Karlsruh. Ztg.“ — gestattet.

Nr. 129.

1900.

Amtlicher Theil.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben unter dem 27. April d. J. gnädigst geruht,
1. in gleicher Eigenschaft zu versehen die Professoren Friedrich Widder vom Gymnasium in Lörrach an jenes in Freiburg, Hugo Frank vom Realprogymnasium in Mosbach an das Gymnasium in Lörrach und Hermann Welcker an der Realschule zu Sinsheim an das Realprogymnasium zu Mosbach;
2. dem Lehramtspraktikanten Eugen Buch von Steinhilber unter Ernennung desselben zum Professor eine etatmäßige Professorenstelle an der Realschule zu Sinsheim zu übertragen.

Nicht-Amtlicher Theil.

Die Politik des Kardinals Rampolla.

Z Rom, 6. Mai.

In meinem letzten Briefe habe ich darauf hingewiesen, daß die Politik des Kardinals Rampolla, so freigeigig mit Gunstbezeugungen und Zugeständnissen gegenüber Frankreich dort nur spärliche und dünngefähte Vorbeeren erntet. In bemerkenswerthem Gegensatz zu dieser Wahrnehmung steht die Thatsache, daß gerade die Regierungen, denen der Kardinal Rampolla eine Abneigung zeigt, die man zuweilen richtiger Feindseligkeit nennen könnte, gegenwärtig gegenüber der katholischen Kirche die freundlichsten und verständlichsten Gesinnungen an den Tag legen. Der Deutsche Kaiser läßt keinen Anlaß vorübergehen, ohne der katholischen Kirche und dem Heiligen Stuhle sein Wohlwollen und seine Hochachtung zu bezeugen. Man kann hier wohl von einem augenscheinlichen Gegensatz zu den einstigen Zeiten des Kulturkampfes sprechen. Und Italien? Die Regierung des geeinten Italien, die böse noire des Kardinals Rampolla, wird gegenwärtig durch ein Ministerium vertreten, von dessen wahrhaft liberalen und verständlichen Gesinnungen in Bezug auf die katholische Kirche jeder Tag neue Proben liefert. Erst kürzlich, nachdem der französische Marineminister Lanessan die Trauerbezeugungen, am Charfreitag, die in der französischen Marine von jeher gebräuchlich waren, abschaffte, erließ sein italienischer Kollege, der Admiral Vettorello, eine ganz entgegengesetzte Anordnung. Er befahl, daß von nun an auf den italienischen Kriegsschiffen die Seelsorge von einem Franziskaner ausgeübt werden solle. Kann man sich einen schärferen und bezeichnenderen Gegensatz denken? Nicht minder zeigt der Gesandtschaftsbericht, welcher eine Abänderung der Bestimmungen über die Civilehe in Vorschlag bringt, ein weitgehendes Entgegenkommen gegenüber der katholischen Kirche. Unter diesen Umständen kann es nicht Wunder nehmen, daß die Politik des Kardinals Rampolla, welche der französischen Republik, obwohl sie die Katholiken in genügend bekannter Weise behandelt, seine volle Gunst erweist, während sie den die Religionsfreiheit achtenden und schützenden Regierungen bei jedem Anlaß ein unverkennbares Uebelwollen zeigt, in den hohen kirchlichen Kreisen, welche nicht auf die Anschauungen des Staatssekretariats eingeschworen sind, allmählich einer allgemeinen Mißbilligung begegnet.

Diese Unzufriedenheit äußert sich selbstverständlich nur in mehr oder weniger verhüllter und abgeschwächter Form, wie sie in der klerikalen Welt von Rom üblich ist, in der man nur mit leiser Stimme und durch die Blume zu reden pflegt. Aber dennoch bringen ab und zu einige Töne, welche diese Verstimmung verrathen, wenn vielleicht nicht bis zu dem Papste selbst, so doch sicherlich zum Staatssekretär Leo's XIII., dem heutigen Lambruschini. Was müssen schließlich die Folgen dieser so augenscheinlich partheiischen und egoistischen Politik sein? Gerade die französischen Interessen, denen sie dienen will, könnten eines Tages durch diese maßlose und des Gleichmaßes entbehrende Diplomatie am meisten geschädigt werden. Von je längerer Dauer das gegenwärtige Pontifikat ist, um so sicherer und heftiger wird die Reaktion auf politischem und diplomatischem Gebiete in dem Augenblicke sein, in welchem es sein Ende erreicht. Vielleicht wird man ähnliche Erscheinungen erleben wie beim Tode Gregors XVI. und bei der Wahl Pius IX. Es scheint nicht ausgeschlossen zu sein, daß man von solchen Erwägungen aus mit so großer Ruhe und so völligem Gleichmuth in Berlin und Wien die Politik des Kardinals Rampolla betrachtet, von der

man vielleicht annimmt, daß sie gerade das Gegentheil von dem erreicht, was sie mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln anstrebt.

Es ist kein Zweifel, daß auch alle die vielen Hindernisse, die — trotz der diplomatischen Gewandtheit des Frhrn. v. Hertling — immer wieder der Errichtung einer theologischen Fakultät in Straßburg in den Weg gelegt werden, ihren Ursprung in der geringen Sympathie haben, welche Frankreich diesem Plane entgegenbringt. Um den Widerstand des eifersüchtigen Klerus, der ohne Zweifel seine Wurzeln auch jenseits der Vogesen hat, würde man sich im Vatikan wenig kümmern. In unterrichteten Kreisen nimmt man übrigens mit Bestimmtheit an, daß in diesem besonderen Falle, in welchem die Reichsregierung und das Centrum Hand in Hand gehen, der Papst, wie schon öfter, schließlich doch gegen die Darlegungen und Proteste seines Staatssekretärs taub sein wird. Man wird sich, um einen ehrenvollen Rückzug antreten zu können, im Vatikan noch einige Zeit sträuben, man wird den Frhrn. v. Hertling noch ein paar Mal über die Alpen reisen lassen, aber schließlich wird die Straßburger katholische Fakultät doch errichtet werden. Leo XIII. hat schon in schwierigeren Fragen den Widerstand seiner Umgebung und insbesondere des Kardinals Rampolla durch ein Machtwort gebrochen.

Politische Ueberblick.

* Die Obstruktionspolitik der Jungtschechen im Abgeordnetenhaus wird von allen Blättern verurtheilt, dabei wird hervorgehoben, daß die Sprachvorlagen der Regierung so beschaffen sind, daß sie von vornherein die Gründe für eine Obstruktion thatsächlich aus dem Wege geräumt hatten. U. a. versichert das „Fremdenblatt“, daß die Obstruktion weder den Eindruck der Sprachvorlagen, noch jene Ausführungen des Kabinettschefs, Herrn v. Körber, zu verdunkeln vermochte, die ein historisches Dokument für die Behandlung der Nationalitäten in Oesterreich bleiben werden, ein Zeugniß des unwandebaren Rechtsinnes, den Oesterreich in dieser Frage mitten im tosenden Ansturm erregter Gegensätze befundet. An die anderen Fraktionen der Mehrheit trete die Pflicht heran, mit all ihren Kräften dem erneuerten Ausbruch des Obstruktionsfeuers zu steuern, dieses zu isoliren und für den übrigen parlamentarischen Bau unschädlich zu machen. Ohne Zufuhr von Außen werde das tschechische Feuer bald verglimmen und das Haus werde dann daran gehen können, dem geschicklichen Volke jene Rechte zu bieten, die seine Volksvertreter heute so übermüthig von sich weisen. (Siehe Telegramme.)

* Durch königliche Verordnung sind Dienstag die belgischen Kammern aufgelöst und die Neuwahlen auf den 27. Mai anberaumt worden. Das belgische Volk hat keinen Anlaß, mit Befriedigung auf die Leistungen dieses klerikalen Parlaments, das Belgien je gehabt, zurückzublicken. Die nun aufgelöste Kammer hat das Werk ihrer Vorgängerinnen seit dem Jahre 1884 weiter fortgesetzt, die Volksschule zerstört, die Erneuerung des bürgerlichen Gesetzbuches hintertreiben und ihre Pflichten auf dem sozialen Gebiet gröblich vernachlässigt. Sie hat sich nur eine Aufgabe gestellt: die Herrschaft des Klerikalismus immer fester zu begründen und dessen Einfluß auf alle öffentlichen Einrichtungen zu vertiefen. Dabei hat die Selbstsucht der klerikalen Volksvertreter wahre Orgien gefeiert, da das Mehrstimmwahlgesetz, kraft dessen diese Kammer gewählt war, den Klerikalen eine Zweidrittelmehrheit von 112 Stimmen gesichert hatten, denen die 28 Sozialdemokraten, 6 Liberalen und 6 Radikalen ohnmächtig gegenüberstanden. Mit größeren Erwartungen als bisher seit dem Beginn des klerikalen Treibens sehen, wie der „Voss. Ztg.“ geschrieben wird, die Liberalen den Neuwahlen entgegen, deren Regiment in den fünfziger und sechziger Jahren mit reichen Erfolgen gesegnet war, und die noch während ihres letzten Ministeriums von 1878 bis 1884 den Ausbau der Volksschule lebhaft betrieben hatten. Das im letzten Herbst mit geringer Mehrheit von der Kammer beschlossene Wahlgesetz der verhältnismäßigen Vertretung eröffnet dem Liberalismus wie den antiklerikalen Parteien überhaupt allerdings bessere Aussichten, und wenn eine liberale Mehrheit auch aus den Berechnungen ausscheiden muß, so ist die Zerstörung der klerikalen Mehrheit nicht unwahrscheinlich. Die Liberalen erhoffen sie, die Klerikalen befürchten sie. Wie ernst die

Rechte mit der Möglichkeit des Zusammenbruchs ihres Regiments rechnen zu müssen glaubt, ist durch die Zwistigkeiten hell beleuchtet worden, die ihrem Schoße in den letzten Tagen zum Ausbruch kamen. Hoffnungsvoller als die Liberalen gehen die Sozialisten in den Wahlkampf. Ihnen hat die nun aufgelöste Kammer eine besonders wirkungsvolle Plattform in dem sehr dürftigen Alterspensionsgesetz zurückgelassen, das noch in der letzten Woche der abgelaufenen Tagung zur Annahme gelangte. Eine Altersversorgung von 18 Centimes für den Tag konnte für die Arbeiterwelt nur aufreizend wirken. Wie sehr dies der Fall ist, wird in der Zunahme der sozialdemokratischen Mandate sehr wahrscheinlich zum Ausdruck kommen.

* Das Vorrücken der Franzosen im Süden Algeriens scheint nicht ohne Schwierigkeiten und Kämpfe vor sich gegangen zu sein. Näheres darüber ist nicht bekannt, da die französische Regierung bezüglich der Lage der Dinge an den kritischen Punkten sich sehr zugeknöpft verhält, sodaß weder über die Stärke und Verteilung der Truppen, noch über deren Bewegungen und Ziele Authentisches verlautet. Die öffentliche Meinung Frankreichs zieht aus dieser Schweigsamkeit der amtlichen Stellen den Schluß, daß es sich um weitläufige, umfassende Pläne handle, deren Durchführung das nordwestafrikanische Expansionsprogramm der französischen Kolonialpolitik einen wesentlichen Schritt fördern werde, und wartet das Kommende mit desto größerer Gelassenheit ab, je weniger die englische Presse ein Hehl aus dem Unbehagen macht, das sie empfindet, seitdem sich die an der algerisch-marokkanischen Südgrenze stationirten Truppentheile in Marsch zu setzen begannen. Erst wenn die Deputirtenkammer aus den Ferien zurückgekehrt sein wird, dürfte es für die Regierung an der Zeit sein, den Volksvertretern nähere Mittheilungen über die Lage in den Oasen und an der marokkanischen Grenze zu machen, am passendsten in Verbindung mit den Kreditforderungen, die das Vorgehen Frankreichs in jenen Gegenden zur unausbleiblichen Folge haben wird.

Deutscher Reichstag.

(Ergänzung des telegraphischen Berichtes.)

* Berlin, 9. Mai.

Fortsetzung der zweiten Beratung der Unfallversicherungsnovelle.

Zu § 61 (Bescheid über Festsetzung der Entschädigungen) begründet Abg. Koch (Soz.) einen Antrag Albrecht, der für den Bescheid eine Frist von 13 Wochen festsetzt und das ärztliche Gutachten dem Untersuchungsprotokoll beifügen will. Der Antrag wird abgelehnt.

Bei § 62 (Berufung) wird ein Antrag des Abg. Dypfergelt (Centr.) angenommen, wonach die Berufung im Fall der Einleitung eines zweiten Heilverfahrens aufstehende Wirkung haben soll. Ebenso wird § 63 ohne erhebliche Debatte in der Kommissionsfassung angenommen.

Ein Antrag Stumm wird abgelehnt.
Die §§ 65, 65 a. bis d. und § 66 werden in der Kommissionsfassung angenommen.

Zu § 66 a. (Rufen der Rente) wird unter Ablehnung mehrerer Anträge in der Kommissionsfassung angenommen.

Zu § 67 (Kapitalabfindung) beantragt Abg. Frhr. v. Stumm, bei Ausländern eine Kapitalabfindung auch ohne ihren Antrag zuzulassen.

Abg. Kolkenbühr (Soz.) begründet einen Antrag Albrecht, der den Verletzten günstiger stellt. Nach kurzer Debatte wird § 67 in der Kommissionsfassung mit einem Theile des Antrags Albrecht angenommen, wonach der Verletzte vor Annahme seines Antrages darüber belehrt werden muß, daß er nach der Abfindung auch in dem Fall keinerlei Anspruch auf Rente mehr hat, wenn sein Zustand sich erheblich verschlechtert. Der Rest des Antrages Albrecht und der Antrag Stumm werden abgelehnt.
§ 68 wird nach Ablehnung eines sozialdemokratischen Antrages in der Kommissionsfassung angenommen; ebenso § 69 und § 70.

Bei § 70 a, der die Post berechtigt, von den Genossenschaften Betriebsfonds einzuziehen und von der Kommission gestrichen worden war, beantragt Singer (Soz.) Wiederherstellung. In der Plottenkommission sei festgestellt worden, daß die Betriebsmittel des Reiches einer Verhärtung bedürften. Somit dürfe kein Zeitverlust entstehen. Die Regierung möge auf dem Paragrafen bestehen, der Reichstag werde schon nachgeben.
Staatssekretär Graf Bosdowski: Die Regierung habe schon mehrfach Verstärkungen der Betriebsmittel gefordert. Der Verleß mit den Kapitalen würde bei größeren Betriebsmitteln erheblich erleichtert werden. Wenn der Reichstag bei seinem Beschlusse beharre, würde der Staatssekretär in der Budgetkommission wieder dringend um Verstärkung der Betriebsmittel eintreten müssen. Man möge daher den Antrag Singer annehmen.

Der Antrag wird mit geringer Mehrheit abgelehnt; die meisten Parteien stimmten getheilt.
Weitere Paragraphen werden ohne Erörterung angenommen.

§ 76 a (Anlegung der Bestände der Berufsvereinigungen) bestimmt, daß dieselben gemäß § 1866 bis 1868 des Bürgerlichen Gesetzbuches angelegt werden müssen, außerdem in Wertpapieren, welche nach landesgesetzlichen Vorschriften pupillarisch sicher sind und in Inhaberpfandbriefen deutscher Hypothekendarlehenbanken, die die Reichsbank in Klasse I bezieht, letzteres nur auf Beschluß der Berufsvereinigungsverammlung.

Abg. v. Stumm (Reichsp.) beantragt Wiederherstellung der Regierungsvorlage, welche nur Anlage gemäß dem Bürgerlichen Gesetzbuch und in Wertpapieren zuläßt, welche durch landesgesetzliche Vorschriften zur Anlegung von Mündelgeldern geeignet erklärt werden.

Staatssekretär Graf v. Posadowsky empfiehlt die Regierungsvorlage. Eine Parallele zwischen der Mündelsicherheit nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch und den Vorschriften des Reichsbankdirektoriums könne nicht gezogen werden. Letztere bezögen sich auf vorübergehende Beleihungen. Er finde für die Beschlässe der Kommission keinen sachlichen Grund. Hauptsache sei doch die absolut sichere Anlage dieser Gelder.

Abg. Lehmann beantragt getrennte Abstimmung und Streichung des Passus auf Beschluß der Berufsvereinigungsverammlung.

Die Abgg. Camp und Staudy treten für den Antrag Stumm ein. Tiedemann für die Kommissionsfassung.

Staatssekretär Graf v. Posadowsky betont nochmals, daß die Reichsbank sich bei der Beleihung dieser Pfandbriefe sehr sicher. Jedenfalls wäre die weiteste Öffentlichkeit gerade hier am Platze, der Antrag lehnt ab.

Sobald wird der Antrag lehnt angenommen und die Kommissionsfassung mit dieser Abänderung angenommen.

Der Antrag Stumm wird abgelehnt.

Weitere Paragraphen werden ohne erhebliche Debatte im Sinne der Kommissionsanträge erledigt.

(Telegraphischer Bericht.)

* Berlin, 10. Mai.

In der dritten Berathung wird die Rechnung der Oberrechnungskammer für 1897/98 debattelos erledigt. Es folgt die Berathung des Gesetzentwurfes betreffend die Militärstrafrechtspflege in Kiautschou.

Abg. Wassermann ist im allgemeinen mit dem Entwurfe einverstanden. Da aber die Vorschriften der Militärstrafgerichtsordnung für das Verhältnis „an Bord“ Anwendung finden sollen, so ist das Rechtsmittel der Revision und Berufung abgelehnt. Es dürfte sich daher empfehlen, den Entwurf nur für eine gewisse Zeit in Geltung treten zu lassen, um später geeignete Vorschläge Gesetz werden zu lassen und heute nur die erste Lesung zu halten.

Staatssekretär v. Tirpitz befürchtet von dem eingeschlagenen Wege eine Verschleppung der Rechtsprechung.

Die Abgg. Eichhoff, Rickert und Kirsch schließen sich Wassermann an.

Darnach folgt die Fortsetzung der Unfallversicherungsnovelle.

Aus der Budgetkommission.

* Berlin, 9. Mai.

In der Budgetkommission des Reichstages stand heute zunächst der Nachtragsetat zum Kolonialetat zur Berathung. Es werden nachträglich gefordert für Kamerun 865 300 M. und für Samoa 252 000 M. Der Gouverneur von Kamerun, v. Puttkamer, ist in der Kommission erschienen. Abg. Graf Arnim (Reichsp.) fragt an, ob sich die letzten Kämpfe zwischen den Franzosen und dem mohammedanischen Fürsten Rabeh auf deutschem Gebiete von Kamerun abgepielt haben. Er befürwortet die geforderte Vermehrung der Schutztruppe für Kamerun, wünscht aber, daß die konzeptionierten Gesellschaften zu den Kosten für die Schutztruppen herangezogen werden. Redner kritisiert die den Gesellschaften erteilten Konzessionen, die lediglich Spekulationsgeschäften dienen. Erst solle man das Land pazifizieren und dann erst Konzessionen erteilen. Die vorher erteilten Konzessionen hätten noch niemals Segen gestiftet. Vor allem müsse der Kolonialrat rechtzeitig informiert und befragt werden. Zunächst aber müsse der ganze Kolonialrat reformiert werden. Direktor v. Buchta erkennt die Reformbedürftigkeit des Kolonialrats an; er sei mit Plänen zur Reformierung desselben beschäftigt. Die französischen Siege über Rabeh seien hauptsächlich auf deutschem Gebiete erfochten worden. Jetzt sei zu befürchten, daß der geschlagene Häuptling einen Vorstoß gegen unser Gebiet unternehmen werde. Um Rabeh in Schach zu halten, sei die Aufstellung einer Truppe notwendig. Für die Konzessionserteilungen habe man sich den ersten Kanzler zum Vorbild genommen, der gesagt habe, man müsse den Kaufmann vorangehen lassen. Die Nordwest-Kamerunergesellschaft plane zur Zeit eine große Expedition auf eigene Kosten. Eine Heranziehung der konzeptionierten Gesellschaften zu den Kosten für die Schutztruppe sei momentan noch nicht möglich. Gouverneur v. Puttkamer gibt eine eingehende Schilderung des Zustandes von Kamerun. Er bestreitet, daß bei den konzeptionierten Gesellschaften lediglich Spekulationspolitik obwalte. Die Verstärkung der Schutztruppe sei notwendig. Kleine Truppen seien stets den Angriffen der Eingeborenen ausgesetzt, eine starke Macht brauche man nur zu zeigen, um Eindruck zu machen. Auch für die Entwicklung der Arbeiterfrage sei die Verstärkung der Schutztruppe wichtig. Wenn der Friede in der Kolonie hergestellt werde, werde der Zustuß an Arbeitern wieder zunehmen. Die Vermehrung der Schutztruppe sei also für das weitere Gedeihen des Schutzgebietes Kamerun von hoher wirtschaftlicher Bedeutung. Abg. Eichhoff (freil. Ver.) verweist einen klaren, bestimmten Plan über die Verwendung der verstärkten Schutztruppe. Er fragt an, ob es wahr sei, daß der Weiser'schen Expedition der Rückzug abgebrochen sei. Gouverneur v. Puttkamer erwidert, der Weg zwischen Hauptmann Besser und der Küste sei jetzt offen. Das Gebiet der Nordwestkamerunergesellschaft sei bis jetzt noch gar nicht erschlossen gewesen und wäre ohne die Konzessionierung noch lange unerschlossen geblieben. Abg. Dr. Haffke (nat.-lib.) bedauert, daß die Forderung der Vermehrung der Schutztruppe so spät komme. Franzosen und Engländer hätten wesentlich größere Schutztruppen in den benachbarten Gebieten. Im Kolonialrat vermisste er die „alten Afrikaner“. Abg. Müller-Fulda (Centr.): Die Schwierigkeit der Arbeiterbeschaffung für Kamerun hänge mit der schlechten Verpflegung der Arbeiter auf den Plantagen zusammen. Die Unruhen sollen übrigens vielfach durch Ausschreitungen der Schutztruppe verursacht worden sein. Man dürfe die Arbeiter nicht durch Zwang heranziehen, sondern müsse die Eingeborenen zur Arbeit erziehen. Gouverneur v. Puttkamer: Es sei ausgeschlossen, daß Arbeiter mit Gewalt, durch Zwangsexpeditionen beschafft würden. Die Verwaltung der Kolonien sei auch bemüht, eine bessere Lage der Arbeiter herbeizuführen. Der Mangel in der Ernährung der Arbeiter bestehe darin, daß ihnen zu wenig frische Kost, an die sie gewöhnt sind, auf den Plantagen gereicht worden sei. Daß Ausschreitungen von Schutztruppen in Kamerun vorgekommen seien, bestreite er entschieden. Ihm sei kein solcher Fall bekannt geworden. Abg. Müller-Sagan (fr. Wp.) hält die Forderung für zu weit-

gehend. Referent Prinz Arenberg verweist darauf, daß die geplante Vermehrung der Schutztruppe für Kamerun bereits beim Hauptetat angedeutet worden sei. Bei der Abstimmung wird die Forderung für die Vermehrung der Schutztruppe in Kamerun mit 12 gegen 11 Stimmen angenommen. — Die Forderung für Samoa wird ohne Debatte genehmigt. — Sodann wird auch der andere Nachtragsetat (588 057 M.) ohne erhebliche Diskussion bewilligt, nachdem über die Hauptforderung von 4 500 000 M. zur Beseitigung des deutschen Eisenbahnnetzes im Interesse der Landesverteidigung, eingehende Mitteilungen seitens der Regierung gegeben worden waren. Morgen soll die erste Lesung des Flottengesetzes abgeschlossen werden.

Der von der Subkommission der Budgetkommission des Reichstages unterbreitete Antrag wegen Besteuerung der Kompensationsgeschäfte hat folgende Fassung erhalten: „Führt der Kommissionär an demselben Tage eine Einkaufskommission und eine Verkaufskommission über Wertpapiere derselben Gattung durch Eintritt als Selbstkontrahent aus, so ist für jedes der beiden Geschäfte, in so weit sie sich ausgleichen, neben der tarifmäßigen Abgabe eine weitere Abgabe in Höhe der Hälfte des Tarifsatzes zu entrichten, es sei denn, daß der Kommissionär zur Deckung eines der beiden Aufträge ein abgabepflichtiges Geschäft mit einem Dritten abgeschlossen hat. Die Bestimmungen über die Erhebung der weiteren Abgabe und über die zur Sicherung dieser Erhebung erforderlichen Maßregeln, insbesondere über die Art der Buchführung werden vom Bundesrat getroffen.“

* Berlin, 9. Mai. In der Budgetkommission des Reichstages beantragte Groeber für den § 6 der Fottenvorlage (Beschaffung der Mittel) folgende Fassung:

Der infolge dieses Gesetzes sich ergebende Mehrbedarf an Reichseinnahmen wird aufgebracht: 1. durch Erhebung der Reichsstempelabgabe auf Wertpapiere, Kaufgeschäfte und Lotterieloose, sowie durch Einführung einer Reichsstempelabgabe auf Kure, Schiffsfachkunden und Seefahrtskarten; 2. durch Erhöhung der Zollsätze auf Schaumweine, Liköre und andere Luxusgegenstände; 3. durch Einführung eines Verbrauchsabgabs auf inländischen Schaumwein und Sackarin. — Ein etwaiger Fehlbetrag darf nicht durch Erhöhung oder Vermehrung der den Massenverbrauch belastenden indirekten Reichsabgaben gedeckt werden.

Müller-Fulda beantragt, den Reichskanzler zu ersuchen, dafür Sorge zu tragen,

1. daß vom Rechnungsjahr 1901 ab im Etat für Marineverwaltung die vollen Kosten für die Armierung (statt bisher zwei Drittel), von Schiffsbaukosten sechs (statt bisher fünf) Prozent des Wertes der Flotte auf den ordentlichen Etat übernommen werden; 2. daß von demselben Zeitpunkt ab auf diesen außerordentlichen Marineetat nur noch die Ausgaben für Landbesetzungen, Dolks und Ähnliche auf die Dauer bestimmten Anlagen genommen und die gesamten hieraus sich ergebenden Mehrerfordernisse des ordentlichen Marineetats aus dem Mehretrage, den die Reichsstempelabgaben über das Etatjahr für das Rechnungsjahr 1900 ergeben, — gedeckt werden; 3. daß dann der von diesem Mehretrage noch verbleibende Ueberschuß zur Verminderung der Reichsschuld oder Verstärkung der Betriebsmittel der Reichskasse nach Maßgabe der hierüber im Etat zu treffenden Bestimmungen Verwendung finde.

Großherzogthum Baden.

Karlsruhe, 10. Mai.

Heute Vormittag von 10 Uhr an nahm Seine Königliche Hoheit der Großherzog den Vortrag des Ministers von Brauer und von 11 Uhr an denjenigen des Ministers Dr. Eisenlohr entgegen. Ihre Großherzogliche Hoheit die Fürstin zur Lippe war zur Frühstückstafel bei den Großherzoglichen Herrschaften eingeladen.

Im Laufe des Nachmittags und Abends hörte Seine Königliche Hoheit die Kronprinzessin von Schweden und Norwegen hat Rom vorige Woche verlassen und ist nach Venedig gereist, wo höchstwahrscheinlich bis Ende dieses Monats zu verweilen gedenkt.

⚡ (Naturwissenschaftlicher Verein.) Freitag, den 11. Mai, findet im kleinen Saale des Museums 8 1/2 Uhr Abends eine Sitzung statt. Tagesordnung: Herr Professor Dr. Gaisrath: „Ueber den Wechsel der Holzarten im deutschen Walde.“

* (Sebel-Feier.) Am Sebel-Denkmal im Schloßgarten fand gestern Abend nach 7 Uhr, wie alljährlich, die Gedächtnisfeier statt, die der „Niedertranz“ seit Jahrzehnten mit großer Pracht veranstaltet. Nach dem Vortrage einiger Lieder, darunter Wbs's stimmungsvolle „Mainacht“, hielt Herr Oberlehrer Dr. Dehler die übliche, dem Andenken des heimischen Dichters geweihte Ansprache. Mit Wendelsohn's schweremüthigem „Abschied vom Walde“ fand darauf die durch das Wetter begünstigte, schon verlaufene Feier ihren Abschluß.

⚡ (Aus der Sitzung der Strafkammer III vom 9. Mai.) Vorsitzender: Landgerichtsdirektor Durr. Vertreter der Großh. Staatsanwaltschaft: Staatsanwalt Dr. Großh.

In der heutigen Strafkammerverhandlung kam ein Fall zur Verhandlung, der für gewisse Kreise der Geschäftswelt von größerem Interesse sein dürfte. Es handelt sich um ein Strafverfahren zum Zweck des Einzugs eines Katalogs, der von der „Badischen Maschinenfabrik und Eisengießerei Durlach“ herausgegeben worden ist. Die Inhaber der Firma Mugga & Cie. in Leipzig hatten gegen die Durlacher Firma Anzeige erstattet weil die letztere, wie behauptet wurde, Abbildungen von Ziegeleimaschinen, die in einem Katalog von Mugga & Cie. veröffentlicht wurden, in dem von ihr herausgegebenen Verzeichnisse abgebildet haben soll. Die Firma Mugga & Cie. in Leipzig, die Maschinen für den Ziegeleibetrieb herstellt, hat Ende Juli 1897 solche Maschinen photographiren und nach dieser Aufnahme durch einen Zeichner Holzschnitte herstellen lassen. Deren galvanische Reproduktionen dienten als Glische für den Katalog über Ziegeleimaschinen der Firma Mugga & Cie., der in dem angeführten Jahre zum Verstand kam. Ein Oberingenieur, der früher bei Mugga angestellt war, trat im April 1898 in die Badische Maschinenfabrik in Durlach ein und hatte als Vorstand der Abtheilung für Ziegeleimaschinen der Durlacher Fabrik den Auftrag erhalten, einen Katalog für Maschinen zu fertigen. Er führte dies Werk aus und nahm 12 Abbildungen des Mugga'schen Katalogs zu denen er seiner Zeit die Zeichnungen entworfen hatte in den Katalog der Durlacher Firma

hinüber. Für die Entscheidung der Frage nun, ob in diesem Vorgehen ein strafrechtlich verfolgbare Nachdruck erblickt werden könnte, war ein Gutachten der Sachverständigen des literarischen Vereins für Baden, Württemberg und Hessen eingefordert worden, der diese Frage bejahte. Da festgestellt war, daß zu dem Nachdruck eine Genehmigung der Firma Mugga nicht erteilt worden ist und die mechanische Vervielfältigung der Abbildungen zum Zweck der Verbreitung also der widerrechtlichen Verbreitung erfolgte, lagen sämtliche objektiven Voraussetzungen der Mugga'schen Anzeige flutzugeben, vor. Der Gerichtshof verfügte demnach den Antrag des Staatsanwalts folgend, den Einzug der 12 im Katalog der Badischen Maschinenfabrik und Eisengießerei Durlach enthaltenen Abbildungen, die dem Katalog der Firma Mugga & Cie. in Leipzig entnommen sind, und der noch zu diesen Abbildungen vorhandenen Glische.

□ Mannheim, 10. Mai. Gestern Nachmittag fand auf dem hiesigen Rathhause eine Besprechung der Vertreter der Städte Mannheim und Ludwigshafen, der staatlichen Behörden der beiden Städte, der beiden Handelskammern, des Mannheimer Offiziercorps und des Ludwigshafener Landwehrbezirkskommandos, der militärischen Vereine der beiden Städte, des Flottenvereins, der Schiffahrtsgesellschaften u. s. w. statt, um das Programm für den Empfang und die Anwesenheit der Torpedodivision in Mannheim-Ludwigshafen aufzustellen. An den Herrn Kapitänleutnant Funke soll das Ersuchen gerichtet werden, den Besuch in Mannheim-Ludwigshafen auf vier Tage auszu dehnen. Die Ankunft wird voraussichtlich am 16. Mai erfolgen. Für die vier Tage wurde ein reichhaltiges Festprogramm, das auch Ausflüge in's Pfälzer Weingebiet, sowie nach Hebelberg und Schwetzingen vorsieht, aufgestellt. Während der Anwesenheit der Torpedodivision in Mannheim-Ludwigshafen sollen die Torpedoboote auch von Bewohnern der Umgebung besichtigt werden können. Die pfälzischen und die badischen Eisenbahnen sollen um Gewährung von Fahrpreisermäßigungen nach Mannheim-Ludwigshafen angegangen werden. (Siehe unter Verkleidenes.)

B.N. Heidelberg, 10. Mai. Bei der gestern vorgenommenen zweiten Immatrikulation liegen sich 297 Studirende eintragen und zwar in der theologischen Fakultät 5, in der juristischen Fakultät 167, in der medizinischen Fakultät 63, in der philosophischen Fakultät 30 und in der naturwissenschaftlich-mathematischen Fakultät 32. Unter den gestern Immatrikulirten befinden sich drei Damen, sämtliche stud. med. Vorkursarbeiten sind 40 Studirende. Die Frequenz dieses Semesters dürfte eine äußerst günstige werden, da jetzt schon die Zahl von 1 500 immatrikulirten Studirenden nahezu erreicht ist.

⚡ Freiburg, 9. Mai. In voriger Woche sind zwei Männer aus dem Leben geschieden, die lange Zeit in hiesiger Stadt eine verdienstvolle Thätigkeit entfaltet hatten: Professor A. Claus und Direktor Franz Bauer. Ersterer war lange Zeit eine Fierde unserer Universität, da er schon im Jahre 1863 sich als Privatdozent der Chemie hier habilitirt hatte und — im Jahre 1875 zum ordentlichen Professor ernannt — wegen anhaltender Kränklichkeit vor kurzem in den Ruhestand getreten war. Er starb, 62 Jahre alt, in Folge von Waldschüt, wo er sich häuslich niedergelassen hatte. Claus hat eine bedeutende Wirksamkeit in seinem Fache geübt und zahlreiche Schüler aus allen Theilen Deutschlands in seine Arbeitsräume gezogen. Professor Bauer wurde seinerzeit bei Gründung der Höheren Mädchenschule als Direktor dieser berufen; er übernahm die schwierige Arbeit der Organisation der Schule, die er mit Geduld und unermüdetem Fleiß durchführte. Im Jahre 1890 trat er wegen Kränklichkeit in den Ruhestand. In den letzten Jahren seines Lebens fiel er in geistige Ummantung und beschloß sein arbeitsreiches Leben in der hiesigen Irrenklinik. — Der Freiburger Münzerbauverein veröffentlicht seinen Jahresbericht. Der Verein hat seine Thätigkeit vorzugsweise darauf gerichtet, die neue Lotterie in Gang zu bringen, die, seitdem sie eine reine Geldlotterie geworden ist, sich einer steigenden Beliebtheit beim Publikum erfreut. Das Vereinsvermögen befreit sich auf 1 204 663 Mark, die Zahl der Mitglieder beträgt 1 080.

⚡ Vom Bodensee, 9. Mai. Nach einer Anordnung des Großh. Bezirksamts Konstanz wurde zur Bekämpfung der Maltfallkrankheit der Reben bestimmt, daß das erstmalige Bespritzen der Reben vor dem Blüthen derselben und spätestens bis zum 27. Juni, für das zweimalige Bespritzen die Zeit von Anfang August bis zum 15. August statzfinden hat. Da das Aufstreuen des Traubenschutzes auf Grund der letztjährigen Erfahrungen wieder zu befürchten ist, so erging die weitere Anordnung, daß alle Rebfelder der dortigen Gemarkung zum Schutz gegen diese Traubenkrankheit zweimal zu schwefeln sind.

Badischer Landtag.

75. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer am Donnerstag, den 10. Mai 1900. (Vorläufiger Bericht.)

Der Gesetzentwurf betreffend die provisorische Forterhebung der Steuern bis Ende Mai wird ohne Debatte angenommen.

Alsdann trat das Haus in die Berathung über das Budget des Großh. Ministeriums der Justiz, des Kultus und Unterrichts für die Jahre 1900 und 1901, und zwar Titel VIII der Ausgabe: Kultus, ein.

Den Bericht erstattete Abg. Dr. Fieser. An der Generaldiskussion beteiligten sich: Abg. Wacker, Staatsminister und Minister der Justiz, des Kultus und Unterrichts Dr. Koff, die Abgg. Hug, Dieterle, Geh. Oberregierungsrath Hübsch und Abg. Obkircher.

Um 1/1 Uhr wurde die Sitzung abgebrochen.

* Karlsruhe, 10. Mai. 76. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer. Tagesordnung auf Freitag, den 11. Mai 1900, Vormittags 9 Uhr:

1. Anzeige neuer Eingaben.
2. Fortsetzung der Berathung des Berichts der Budgetkommission über das Budget des Großh. Ministeriums der Justiz, des Kultus und Unterrichts für die Jahre 1900 und 1901 und zwar: Titel VIII der Ausgabe: Kultus. Berichterstatter: Abg. Dr. Fieser.

Der Krieg zwischen England und Transvaal.

(Telegramme.)

* Laurenzo Marques, 10. Mai. Die hiesigen Zollbehörden verweigern die Klarirung von Getreide, Fleisch, Kleidungsstücken und Schuhen, die für Transvaal bestimmt sind, da dies Kriegsgcontrebände sei.

Kapstadt, 10. Mai. Der Oberste Gerichtshof entschied, daß die Nationalbank von Transvaal keine feindliche Institution sei, da die Regierung von Transvaal nicht Hauptgläubigerin der Bank wäre.

London, 10. Mai. „Morning Post“ meldet aus Ladysmith vom 9.: General Buller erließ eine Proklamation, in der er bekannt macht, daß er alle Bewohner Natal's, welche den Feind jetzt verlassen wollen, freundlich aufnehmen und sich der Interessen Aller, die sich den Zivilbehörden stellen, annehmen werde, da sie eine mildere Behandlung verdienen als diejenigen, welche nach dieser Aufforderung noch länger gegen die Engländer kämpfen.

London, 10. Mai. Das Reuter'sche Bureau meldet aus Smalbeel vom 8. Mai: Nach hier eingegangenen glaubwürdigen Berichten verläßt der Feind den Zandfluh und zieht sich in der Richtung auf den Baakfluh zurück. Nach anderen Berichten nahmen die Buren Stellung bei Borkrand, südlich von Kroonstad. Eine große Anzahl Burghers lieferte ihre Mausegewehre und Pferde aus. Sie berichten, daß zwischen den Freistaatsburen und den Transvaalbüren gro ßer Streit herrsche, der zur sofortigen Unterwerfung der Freistaatsburen führen dürfte. General French ist zur Armee Lord Roberts' gekommen.

London, 10. Mai. Lord Roberts meldet aus Maferu vom 8. d. M.: Ladybrand und Vicksburg sind von den Buren verlassen. Die Beamten haben alle Bücher und Dokumente mit sich genommen und alles zerstört, was über die Entstehung des Krieges und die Bewaffnung der Buren mit Mausegewehren von Transvaal aus Aufschluß geben könnte.

London, 10. Mai. Wie das Reuter'sche Bureau meldet, sind die englischen Truppen am 9. ds. in Welgelegen eingerückt, ohne Widerstand zu finden. Der Feind hatte nördlich des Flusses Geschütze aufgestellt, zog sich aber zurück.

Thabauchhu, 10. Mai. Die Buren stehen in harten Stellungen am Mequatlingpaß. Die Generale Kundle und Prabant haben verschiedene strategische Punkte besetzt, welche das Gebiet südlich der Straße von Wynburg über Ladysmith beherrscht.

Kimberley, 10. Mai. Reutermeldung: Hier findet zur Zeit ein Prozeß gegen die des Auftrahrs beschuldigten Kap-Holländer statt. Bis her wurde gegen drei verhandelt. Der Gerichtshof sprach alle frei.

London, 10. Mai. Auf dem gestrigen Jahresbankett der Primrose-Liga sagte Salisbury, die Haltung der europäischen Regierungen gegenüber England sei, soviel er wisse, friedlich. Es könne nicht genug gesprochen werden von der sorgsam ruhigen Neutralität aller Regierungen bei dem Kampfe in Südafrika, wozu sie von der Erwägung der Gerechtigkeit und des Friedens geleitet würden. Daraus folge aber nicht, daß England nicht Vorkehrungsmahregeln treffen solle. England könne nur seiner eigenen Kraft vertrauen. Salisbury fügte hinzu, daß diese keine Auslassungen nicht durch irgend etwas veranlaßt worden seien, was dem Auswärtigen Amte Grund zu Besorgnissen gäbe. Es dürfe aber auch nicht übersehen werden, daß in zu vielen Ländern ein gewisser Theil der Bevölkerung in der Deffentlichkeit nicht sehr bedeutend, aber sehr lärmend sei und sich von keinerlei Rücksichten abhalten lasse, Großbritanniens in Mißkredit zu bringen. Diese theilweise hervortretende Verbitterung gegen England, die völlig unerklärlich sei, könnte ein Anzeichen für eine tiefer gehende Stimmung sein, mit der England vielleicht eines Tages zu rechnen haben werde. Salisbury sprach dann über die Wehrverhältnisse Englands. Die allgemeine Dienstpflicht würde von den Engländern nicht angenommen werden, sie müßten Mittel und Wege finden, die sie befähigten, zu lernen, die Waffen zur eigenen Selbstverteidigung zu gebrauchen. Die Vertheidigung des Landes sollte Sache des Volkes sein und nicht lediglich der Regierung überlassen werden. Dies müsse erreicht werden durch das allgemeine Bestreben und den allgemeinen Wunsch, das englische Volk zu einer bewaffneten Nation zu machen.

Washington, 9. Mai. Reuter. In einer Versammlung, an der viele Mitglieder beider Häuser des Kongresses und andere hervorragende Persönlichkeiten theilnahmen, wurde gestern beschlossen, der Buren-Gesandtschaft einen ähnlichen Empfang zu bereiten, wie er Lafayette, Kosciuszko und Barnell zu Theil geworden sei. Es soll eine große Empfangs-Kundgebung vorbereitet werden.

Neueste Nachrichten und Telegramme.

Kurzel, 10. Mai. Das Kaiserpaar unternahm gestern Vormittag einen zweistündigen Spazierritt durch den Wald von Kurzel über Landonvillers und Aillers. Am Nachmittag besichtigte Seine Majestät der Kaiser in Begleitung des Bezirkspräsidenten Frhrn. v. Hammerstein die neuen Bauten und die zum Schlosse Urville gehörigen Wirtschaftsgebäude, sowie das neuingerichtete Elektrizitätswerk. Heute findet eine Truppen-

schau über die Meßer Garnison bei Freskath statt. Das Kaiserpaar fuhr um 8 Uhr 10 Minuten mit dem Sonderzug nach Freskath ab. — Der Kriegsminister v. Goltz ist gestern Mittag hier eingetroffen. Gestern Abend um 7 1/2 Uhr traf der Kaiserliche Statthalter Fürst zu Hohenlohe-Langenburg hier ein, um der heutigen Truppenschau beizuwohnen.

Wes, 10. Mai. Das Kaiserpaar traf heute Fröh 9 Uhr hier ein und stieg am Wärrerhaufe zu Turnbriede zu Pferde, um nach dem Uebungsplatze Freskath zu reiten, woselbst sie vom Fürsten zu Hohenlohe-Langenburg und dem Kommandirenden General Grafen Haefeler begrüßt wurden. Das Wetter ist prachtvoll.

Berlin, 10. Mai. Nach einem vom 9. d. M. eingegangenen Telegramm des Gouverneurs Solz in Apia ist am 17. April die amerikanische Flagge auf Tutuila gehißt worden.

Berlin, 10. Mai. Die zuständige Magistrats-Kommission beschloß, die von der Regierung verlangte Garantiebeitheiligung Berlins an den Kosten des Großschiffahrtsweges Berlin-Stettin zu übernehmen, wenn Charlottenburg 10 Proz. der Berliner Garantie übernehme.

Paderborn, 10. Mai. Das Domkapitel wählte den hiesigen Dompfarrer Dr. Schneider zum Bischof von Paderborn.

Darmstadt, 10. Mai. Die „Darmst. Ztg.“ meldet: Seine Königliche Hoheit der Großherzog hat den jetzigen Präsidenten der Ersten Kammer, Fürsten Jsenburg-Büdingen, auf sein Ansuchen von seiner Stellung enthoben.

Wien, 9. Mai. Abgeordnetenhause. Die Sitzung beginnt um halb zwölf Uhr. Der Abg. Herold weist darauf hin, daß man einzelne Abgeordnete im Hause beschimpfte und daß die Galerie in die Debatte eingriff. Die Czechen fürchteten sich vor den Drohungen nicht und würden bei Angriffen nicht um Schutz rufen. Redner hebt hervor, daß während der deutschen Obstruktion die Czechen die Ruhe bewahrten. Die Czechen obstruktion, weil ihnen nicht Satisfaktion geboten würde, und verlangten, daß die Gesetze eingehalten würden. Herold verlangt vom Präsidenten, daß er die Wiederholung ähnlicher Szenen, wie sie sich gestern abspielten, verhindern.

Abg. Stranßki protestirt gegen die geistigen Beschimpfungen seiner Person und verlangt vom Präsidenten Schutz, da er sonst den Mißbilligungsausschuß verlangen müßte.

Die Reden der Abg. Herold und Stranßki werden durch Lärm und Zwischenrufe unterbrochen.

Der Lärm hält an, als der Abg. Kaiser spricht. Derselbe erklärt, die Czechen, die selber den parlamentarischen Anstand oft verletzten, hätten kein Recht, von Anstand zu sprechen.

Pacal tritt dem entgegen und erklärt, es sei der Obmann des Czechenklubs, Engel, gewesen, der es versuchte, den Grafen Baden von der Sitzung der Bohlei in's Parlament abzuhalten. Nachdem noch Herold in ähnlichem Sinne gesprochen, erklärt der Präsident, daß ihm die Geschäftsordnung kein entsprechendes Mittel gegen Vorgänge wie die gestrigen in die Hand gäbe.

Nachdem Wohlmeier im Interesse der produzierenden Stände für die Beendigung der Obstruktion eingetreten ist, wird den Zwischenfall geschlossen. Es folgt die Verlesung des Einlaufes. Darin befindet sich ein Antrag auf Aenderung der Geschäftsordnung. Dolezal beantragt zwei namentliche Abstimmungen, die vorgenommen werden. Von Rathrein und den übrigen Mitgliedern der Bohlei ist ein Dringlichkeitsantrag auf Wahl eines Ausschusses wegen Aenderung der Geschäftsordnung eingegangen, durch die eine geordnete parlamentarische Thätigkeit gesichert werden könnte.

Nach vier namentlichen Abstimmungen wird die Sitzung geschlossen. Die nächste Sitzung ist auf Abends 7 Uhr angesetzt. Tagesordnung; Wahl der Quotenrepräsentation.

Wien, 10. Mai. In der Aula der Universität fanden gestern Mittags Schlägereien zwischen deutsch-nationalen und katholischen Studentenverbindungen statt. Letztere wurden aus der Aula herausgedrängt. Wie die Blätter melden, räumte die Polizei mit gezogenem Säbel die Kampe vor der Universität.

Salzburg, 10. Mai. Der Bischof Ratsthaler wurde zum Fürstbischof gewählt.

Paris, 10. Mai. Im deutschen Palais der Weltausstellung wurde heute die im zweiten Stock befindliche Sammlung aus preussischen Königsschlössern von dem Direktor der schönen Künste, Roujon, den Konservatoren des Louvre und anderer großer Pariser Museen besichtigt. Die offizielle Eröffnung des deutschen Palais findet am 14. Mai statt.

London, 10. Mai. Die Morgenblätter veröffentlichen nachstehendes Antworttelegramm des Deutschen Kronprinzen auf das namens der Bürger Londons von dem Lordmayor an den Kronprinzen anlässlich der Großjährigkeitserklärung gesandten Glückwunschtelegramme: Mit herzlichem Danke empfang ich den Glückwunsch der Londoner City. Seien Sie versichert, daß ich Ihnen für Ihre Freundlichkeit aufrichtig verbunden bin.

Wilhelm, Kronprinz.

London, 10. Mai. Die „Times“ melden aus Peking vom 5. Mai, daß die chinesischen Zolleinnahmen im I. Quartal 1900 eine bemerkenswerthe Steigerung zeigen. Die Einnahmen übertrafen um 150 000 Pfund Sterling diejenigen derselben Periode des Vorjahres, die schon höher als jemals war.

St. Petersburg, 9. Mai. „Rossija“ spricht sich in einem heutigen Vortragsartikelpathetisch über die Abfindung des Telegramms Seiner Majestät Kaiser Wilhelm's an den Vizekönig von Indien aus. Das Blatt kommentirt das Telegramm des Kaisers, wobei es den weiten politischen Horizont des Kaisers hervorhebt und dessen große Begabung rühmt.

Breschen.

Bremen, 10. Mai. (Telegr.) Die Rettungsanstalt Nügenswaldermünde der Deutschen Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger telegraphirt: Von dem hier gestern beim Einsegeln gekenterten deutschen Fischerkutter Nr. 82 wurden zwei Personen durch das Rettungsboot der Station gerettet. Ein Mann ist ertrunken.

Wismar, 10. Mai. (Telegr.) Infolge des Nordoststurmes vorige Nacht ist im Hafen Hochwasser. Die Straßen in der Nähe des Hafens sind überschwemmt.

Köln, 9. Mai. Der Kommandant der Torpedo-Rhein-Division, Kapitänleutnant Funke hofft, wie der „Köln. Ztg.“ geschrieben wird, bei dem sich bessernden Wasserstande es zu ermöglichen, doch noch die Torpedoboote, mit Ausnahme des Divisionsbootes, bis nach Straßburg zu bringen. Die Reisedispositionen sind vorläufig in folgender Weise festgesetzt: Von Remwid aus fahren heute, 10. Mai, die Boote der Torpedo-Division, halbwegs gestoppt, an Coblenz vorbei nach St. Goar. Am 11. Mai erfolgt die Abfahrt nach Bingen bezw. Rüdesheim. In Rüdesheim nehmen die Offiziere und Mannschaften an der am Sonntag, den 13. Mai, an dem Niederwalddenkmale zu veranstaltenden Festsfeier theil. Am Montag ist Ankunft in Mainz; am Dienstag erfolgt die Weiterfahrt nach Worms, Mannheim, Ludwigshafen, Speyer und wenn eben möglich bis Straßburg. Wie weit das Divisionsboot die Reise mitmachen kann, hängt von dem Wasserstande ab. Die Rückreise nach Köln ist für den 22. Mai in Aussicht genommen. Wenn keine Aenderungen im Reiseprogramm erforderlich sind, hofft Kapitänleutnant Funke am 7. Juni wieder in Wilhelmshaven, am 9. Juni in Kiel einzutreffen.

Budapest, 10. Mai. (Telegr.) Michael Munkácsy's Leichenbegängniß nahm einen imposanten Verlauf. Sämmtliche Minister und Spitzen der Militär- und Civilbehörden und ein nach Hunderttausenden zählendes Publikum nahmen daran theil. Der Unterrichtsminister Wlassics und andere Redner sprachen am Katafalk.

Neapel, 10. Mai. (Telegr.) In Gegenwart Ihrer Majestäten des Königs und der Königin, des Prinzen von Neapel, des Herzogs von Genua, der Minister Baccelli und Betollo, sowie der Präsidenten der Kammern wurde die Hygieneausstellung feierlich eröffnet. Baccelli hielt die Eröffnungsrede.

Vortici, 10. Mai. (Telegr.) Die Eruptionsthätigkeit des Vesubs nahm gestern in gewaltigem Maße zu. Das Observatorium meldet, daß die seismographischen Instrumente sehr stark erregt sind. Eine gewaltige Rauchsäule schwebt über dem Vesuv. Die Erdschütterungen sind sehr heftig.

Mesina, 10. Mai. (Telegr.) Die Ausbrüche des Vesuv haben wieder abgenommen. Die Eruptionen haben fast ganz aufgehört. Die Bevölkerung ist ruhig.

Simla, 10. Mai. (Telegr.) In ganz Indien ist die Pest in wesentlicher Abnahme begriffen.

Stand der Badischen Bank
am 7. Mai 1900.

Aktiva.	
Metallbestand	5 130 110 M. 81 Pf.
Reichsbankenscheine	29 405 „ — „
Noten anderer Banken	149 700 „ — „
Beschl. Bestand	23 749 221 „ 21 „
Lombardforderungen	488 000 „ — „
Effekten	81 321 „ 94 „
Sonstige Aktiva	2 836 997 „ 13 „
	32 464 756 M. 09 Pf.
Passiva.	
Grundkapital	9 000 000 M. — Pf.
Reservefond	1 878 411 „ 08 „
Umlaufende Noten	13 979 400 „ — „
Täglich fällige Verbindlichkeiten	6 980 524 „ 07 „
An Kündigungsfreit gebundene Verbindlichkeiten	— „ — „
Sonstige Passiva	626 420 „ 94 „
	32 464 756 M. 09 Pf.

Die weiter begebenen, noch nicht fälligen deutschen Wechsel betragen 1 165 099 M. 45 Pf.
Die Direktion der Badischen Bank.

Großherzogliches Hoftheater.
Spielplan.
Im Hoftheater Karlsruhe.

Freitag, 11. Mai. Abth. B. 52. Ab. Vorst. (Kleine Preise.) „Götter von Verlichingen mit der eisernen Hand“, Schauspiel in 5 Akten von Goethe. Nach der Originalausgabe vom Jahr 1773. Anfang halb 7 Uhr, Ende 10 Uhr.

Witterungsberichte des Centralbureaus für Meteorologie u. Hyd. vom 10. Mai 1900.
Die Luftdruckvertheilung hat nunmehr völlig jene Gestaltung angenommen, wie sie für die Waisfalterstfälle kennzeichnend ist. Während ein barometrisches Maximum Nordwesteuropa bedeckt, liegt über dem östlichen Europa, etwa über der Bukowina, ein Minimum; dieses verursacht im Zusammenwirken mit einigen über Mitteleuropa erkennbaren flachen Theildepressionen auf dem ganzen Festland sehr kühles Regenwetter, das voraussichtlich auch vorerst noch anhalten wird. Für später ist aber Aufklaren und damit weiteres Sinken der Temperaturen zu erwarten.

Witterungsbeobachtungen der Meteorol. Station Karlsruhe.

	Barom.	Therm.	Relat. Feucht.	Wind	Himmel
10. Mai	745.1	10.6	8.7	92	☉☁ wolfig
9. Mai	745.4	10.0	8.2	89	☉☁ bedeckt
8. Mai	745.7	12.6	8.8	82	☉☁ „ „

Regen.
Höchste Temperatur am 9. Mai: 14.0; niedrigste in der darauffolgenden Nacht: 9.5.
Niederschlagsmenge des 9. Mai: 3.3 mm.
Wasserstand des Rheins. Mainz, 10. Mai: 4.53 m, gestiegen 16 cm.

Verantwortlicher Redakteur:
(in Vertretung von Julius Kay) Adolf Kerling in Karlsruhe

— Nur ächt, wenn direkt von mir bezogen! —
schwarz, weiß und farbig von 75 Pfg. bis M. 18.65 per Meter —
zu Roben und Blousen! — In Jedermann franko und verzollt ins Haus. Muster umgehend. — Eigene Fabrik auf deutschem Bollgebiet.
G. Henneberg, Seiden-Fabrikant, Zürich.
Königl. und Kaiserl. Hoflieferant.



